53. Jahrgang. № 77. Donnerstag, 18. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite zur 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Einzelblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18

Madenwürmer, Spulwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand: **Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.**

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Komplette Betten und Schlafzimmereinrichtungen in jeder Preislage. ::: ::: ::: ::: :::

Steiners Paradiesbett!

Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Akt.-Ges. Prager Strasse 50, Ecke Sidonienstrasse. Telephon 3226.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, zeitweise heiter.

Am Dienstag fand eine von 14 wirtschaftlichen Verbänden der Industrie, des Handels und des Gewerbes in Dresden einberufene Versammlung gegen die Reklamesteuer statt.

Der Bund der Landwirte hält heute in Dresden seine Landesversammlung ab.

Orders auf Marschbereithaltung werden heute an eine große Anzahl in Dresden und anderwärts in Deutschland wohnender Oesterreicher ausgegeben.

Das deutsche Kronprinzenpaar wird sich, wie verlautet, im Juni zum Besuch des englischen Hofes nach London begeben.

Der Reichstag setzte die Beratung des Militäretats fort.

Das Preußische Herrenhaus ist gestern wieder zusammengetreten.

Die Bewegung zugunsten der Nachlaßsteuer zieht immer weitere Kreise.

Die „Post" äußert sich in bemerkenswerter Weise über den Casus foederis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

In Petersburger Abgeordnetenkreisen wird versichert, daß Rußland unter keinen Umständen weder mit Oesterreich noch mit Deutschland Krieg führen werde.

Der Bund der Landwirte

halt morgen in Dresden seine Landesversammlung ab. Wenn wir der großen und einflußreichen Organisation, die so nachhaltige Erfolge im Dienste der landwirtschaftlichen Interessen zu verzeichnen hat, aus diesem Anlaß einen herzlichen Gruß entbieten, so entspricht das dem eingehenden und weitblickenden Verständnis für die hervorragende Bedeutung der Landwirtschaft, das nationale Kreise, die sich auch bei der Erörterung wirtschaftlicher Fragen von jeder Einseitigkeit fern halten, von jeher bekundet und bei aller Anerkennung für die neuzeitlichen industriellen Bedürfnisse niemals außer acht gelassen haben. Gewiß ist nicht zu leugnen, daß Deutschland kein reiner Agrarstaat ist und daß neben der Landwirtschaft zugleich Handel und Industrie eine dem Maße ihrer Entwicklung entsprechende Berücksichtigung in der Gesetzgebung erfordern; auch kann es keinem einsichtigen Politiker zweifelhaft sein, daß nur in dem einträchtigen Zusammenwirken dieser drei wirtschaftlichen Hauptkräfte der Nation das Heil der Zukunft beruht. Je klarer aber dem unvoreingenommenen, von der höheren Rücksicht auf das allgemeine Wohl geleiteten Urteil diese Erkenntnis sich aufdrängt, desto rückhaltloser wird auch der Landwirtschaft das Zugeständnis gemacht werden müssen, daß sie in ihrer bodenständischen Eigenart doch immer noch das eigentliche Rückgrat der nationalen Blüte und Kraft darstellt und daß ihre Vertreter als die Hauptträger des inländischen Marktes, der selbst für unsere größten Exportindustrien von ausschlaggebender Wichtigkeit ist, den vaterländischen Wohlstand in ganz besonderem Maße fördern, ganz abgesehen von dem überragenden Teile an physischer Kraft, den die Landwirtschaft zur nationalen Verteidigung beiträgt.

Es gab eine Zeit, in der die allgemeine Ueberzeugung von der grundlegenden staatlichen Bedeutung der Landwirtschaft in weiten Kreisen unseres Volkes verblaßt und geschwächt war. Das war in jenen Tagen, als uns noch der manchesterliche Doktrinarismus in der Handels- und Wirtschaftspolitik beherrschte, der sich trotz der von Bismarck vollzogenen Umkehr zur Schutzzollpolitik allmählich wieder stark in den Vordergrund gedrängt hatte und dessen verhängnisvolle Folgen sich in einem schweren landwirtschaftlichen Notstande äußerten. Als unter der Einwirkung dieses falschen einseitigen Prinzips die Not der Landwirtschaft aufs höchste gestiegen war, erstand ihr der Retter in Gestalt des Bundes der Landwirte. Die Zeitgenossen wissen sich noch der imposanten Tivoli-Versammlung vom 18. Februar 1893 zu erinnern, die dem Bunde das Leben gab. Unter Hohn und Spott der Gegner geboren, stieg der Bund der Landwirte rasch zu dem höchsten Gipfel einer von glänzendem Erfolge gekrönten wirtschaftlichen Organisation empor, die gar bald das anfängliche Gewitzel der Gegner verstummen machte und sich auf allen Seiten uneingeschränkte Achtung vor ihrer Tüchtigkeit und stahlharten Energie erzwang. Sobald man im gegnerischen Lager erkannte, daß man es mit einer mächtigen landwirtschaftlichen Interessenvertretung zu tun hatte, deren gewaltige Stoßkraft die ganze bisherige parteipolitische Konstellation erschütterte, wurde die Taktik auf die planmäßige Diskreditierung der agitatorischen Methode des Bundes gerichtet, indem die Oeffentlichkeit in allen Tonarten die Melodie von dem angeblich extremen Charakter seiner Forderungen und dem Radikalismus seines Auftretens zu hören bekam. Wer die Wirksamkeit des Bundes genauer verfolgt hat, kann sich über das tendenziöse Wesen solcher Vorwürfe nicht täuschen. Wie wenig die vom Bunde der Landwirte seinerzeit bei der Beratung des neuen Zolltarifs aufgestellten Forderungen als „extrem" bezeichnet werden können, geht schlagend aus der Tatsache hervor, daß damals die vom Bunde verfochtenen Getreidezollsätze ebenfalls von den sonstigen führenden Interessenvertretungen der deutschen Landwirtschaft, vor allem auch von dem Deutschen Landwirtschaftsrat als angemessen erklärt wurden. Vollends an der Art der Agitation des Bundes sich zu reiben, haben die demokratisch-manchesterlichen Elemente am allerwenigsten Ursache, da deren Propaganda, die sie bei der Bekämpfung des Bundes und bei der Vertretung ihrer eigenen Interessen entfalten, gerade das Urbild jener vaterlandslosen Demagogie ist, das hier als Schreckgespenst ausgespielt wird. Die Herren von der radikalen Observanz vergessen immer die alte Regel, daß, was dem einen recht, dem andern billig ist, und daß im öffentlichen Leben ebenso wie im privaten der goldene Grundsatz „Leben und leben lassen" gelten muß. Auch die handelspolitischen und industriellen Organisationen pflegen doch bei der Verteidigung ihrer Sonderbedürfnisse kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Man erinnere sich nur, welche Sprache beispielsweise die Börsenpresse geführt hat, als es sich um die Verwirklichung der als notwendig erkannten Reformen auf dem Gebiete der Börsenspekulation handelte! Wie kann man es also dem Bunde der Landwirte verargen, wenn er gleichfalls mit dem von einer agitatorisch veranlagten Organisation unzertrennlichen Nachdruck in der Oeffentlichkeit für seine Zwecke und Ziele zu wirken sucht? Der Radikalismus hat doch sonst keine Scheu vor einem kräftigen Wort. Wenn aber der Bund der Landwirte es ebenso macht und sich mit erfrischender Deutlichkeit ausdrückt, so schreien die Radikalen selbst Zeter und Mordio über „agrarischen Radikalismus". Heißt das mit gleichem Maße messen?

Jeder verständige nationale Politiker muß dem Bunde der Landwirte vorbehaltlos das Recht zuerkennen, die Interessen der Landwirtschaft mit dem von ihm zu ihrer wirksamen Förderung für notwendig gehaltenen Maße von agitatorischer Energie zu vertreten. Die Praxis sorgt schon von selbst dafür, daß sich aus dem Parallelogramm aller zusammenwirkenden Kräfte für die Zwecke der Gesetzgebung die dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft gleichmäßig dienliche Diagonale entwickelt, wie das ja auch der Ausgang der zollpolitischen Kämpfe bewiesen hat. Darüber ist jedenfalls ein Zweifel nicht möglich, daß gerade die unerbittlich feste und zielbewußte Kampfesnatur des Bundes die wirksamste Gewähr für die Erreichung dessen gewesen ist, was die deutsche Landwirtschaft zur Besserung ihrer Lage bisher erzielt hat. Ohne den „Radikalismus" des Bundes könnte unsere Landwirtschaft heute sicher nicht die gesetzlichen Errungenschaften aufweisen, die jetzt im Verein mit einer weitausschauenden Selbsthilfe ihre Daseinsbedingungen auf eine zuverlässige Grundlage gestellt haben. Diese Verdienste des Bundes liegen so klar auf der Hand, daß die konservative Partei sich des starken Rückhalts, den ihre Bestrebungen an dem Bunde finden, wohl bewußt ist und deshalb stets über alle Meinungsverschiedenheiten im einzelnen hinweg den größten Wert auf ein ungetrübtes Vertrauensverhältnis zu der befreundeten Organisation legt, die ihr in jeder Beziehung wesensverwandt ist.

Es ist daher auch gar nicht daran zu denken, daß die Streitfrage der Nachlaßsteuer die guten Beziehungen zwischen der konservativen Partei und dem Bunde der Landwirte irgendwie trüben könnte. Man muß auch in diesem Falle ohne parteipolitische Voreingenommenheit ruhig und objektiv die sachlichen Beweggründe würdigen, die den Bund zu seiner ablehnenden Haltung veranlassen und die gerade beachtlich genug sind, um auch den Anhängern der Nachlaßsteuer Achtung vor dem abweichenden Standpunkte des Bundes aufzunötigen. Der Bund darf in dieser Frage eine sachliche Beurteilung um so mehr in Anspruch nehmen, als selbst die Freunde der Nachlaßsteuer nicht umhinkönnen, sie als einen steuerpolitischen Notbehelf zu bezeichnen, der nur mangels einer besseren Art der Besitzsteuer überhaupt bei der Reichsfinanzreform im Interesse des großen Ganzen mit in den Kauf genommen werden muß. Sogar die Regierungsvorlage erkennt in der Begründung an, daß eine solche Steuer insbesondere für den bäuerlichen Landwirt, der über erhebliche Kapitalien nicht verfügt, ein wesentliches Opfer bedeute; deshalb sei auch im Entwurfe auf die ländlichen Interessen weitgehende Rücksicht genommen. Hier findet sich also bereits in der Regierungsvorlage ein, wenn auch nicht klar herausgearbeiteter, so doch unverkennbarer Hinweis auf die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen mobilem und immobilem Kapital. Der Bund der Landwirte vertritt nun den Standpunkt, daß diese Unterscheidung bei der Reichsfinanzreform und insbesondere bei der Besteuerung von Todes wegen begrifflich streng durchgeführt und grundsätzlich ausgesprochen werden soll, wie das bereits in fast allen Staats- und Gemeindesteuerordnungen der Fall ist. Auch die vom Bunde ins Feld geführte Rücksicht auf die Erhaltung des Familiensinns und der Familieneinheit ist ein Grund, der durchaus nicht ohne weiteres ad acta gelegt werden kann. Die mit der Wertfeststellung eines Gutes verbundenen Schwierigkeiten sind so groß, daß sich sehr leicht daraus Widersprüche zwischen der Auffassung des verstorbenen Eigentümers und der Steuerbehörde entwickeln können. Wie sehr dieses Bedenken auch von konservativer, nicht bündlerischer Seite geteilt wird, beweist der von konservativer Seite in der liberalen „Köln. Zeitung" gemachte Vorschlag, die Bestimmungen über die Nachlaßsteuer durch eine Vorschrift zu ergänzen, kraft deren Deklarationen über den Ertragswert eines Grundstückes nicht zur Grundlage eines Verfahrens wegen Steuerhinterziehung gemacht werden dürfen, wenn das Mißverhältnis nicht gar zu auffällig ist.

So viel ist jedenfalls sicher: Der Widerstand des Bundes der Landwirte gegen die Nachlaßsteuer beruht auf guten sachlichen Gründen, und nichts berechtigt die Gegner des Bundes, ihm bei seiner Haltung andere Rücksichten unterzuschieben, als das Bestreben, dem Vaterlande einen für sein Gedeihen so überaus wertvollen und unentbehrlichen, gesunden und leistungsfähigen Grundbesitz zu erhalten. Im übrigen scheinen mancherlei Anzeichen dafür zu sprechen, daß es schließlich doch noch zu der im Interesse des Gelingens der Reichsfinanzreform unentbehrlichen Verständigung über eine geeignete Form der Besitzsteuer kommen dürfte. Abgesehen davon, daß die „Kreuzztg." das Bestreben der Regierung, in ihrer Vorlage über die Nachlaßsteuer das Interesse der Landwirtschaft nach Möglichkeit zu wahren, ausdrücklich anerkannt hat, weht auch aus Bundeskreisen selbst der Wind schon nicht mehr ganz so scharf. Erinnert sei ferner daran, daß Dr. Oertel am 17. März 1904 in einem Artikel über Mittelstandspolitik schrieb: „Auch die Erbschaftssteuer kann und muß im Geiste einer verständigen Mittelstandspolitik ausgestaltet werden. Die Millionen-Erbschaften müssen höher besteuert werden als bisher; sie müssen aber auch dann der Erbschaftssteuer unterliegen, wenn sie unmittelbar auf die nächsten Verwandten: Kinder, Geschwister oder Eltern übergehen. Die Rechtsordnung des Staates sorgt allein dafür, daß der Erbe die Erbschaft, die sonst herrenlos würde, antreten kann, es ist also recht und billig, daß er in Form einer entsprechenden Erbschaftssteuer eine Gegenleistung gewähre." Und auch jetzt bekennt die „Deutsche Tageszeitung", sie versteife sich nicht auf die von ihr früher gemachten Vorschläge, wenn sie auch die ominöse Nachlaßsteuer selbst nach wie vor zurückweist. Die „Frankfurter Zeitung" fragt, ob das Bundesorgan dann vielleicht mit der Ersetzung der Nachlaßsteuer durch eine Erbanfallsteuer einverstanden sei, und erklärt, falls dies der gegenwärtige Standpunkt der Agrarier und Konservativen sei, so sei damit die erste Voraussetzung für eine eventuelle Verständigung mit der Linken gegeben. Ein solcher Ausgang ist sicherlich ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Der Bund der Landwirte aber wird in jedem Falle das Bewußtsein haben, daß er nach seiner Ueberzeugung für das von ihm im Interesse der Landwirtschaft als recht Erkannte mit rühriger Energie eingetreten ist. Möge unser deutsches Volk die trutzige Eigenart dieser markigen Vertreter der Landwirtschaft stets gebührend zu schätzen wissen und möge es im Interesse seiner gesunden Lebensentfaltung nie das Verständnis dafür verlieren, daß die Männer, die von dem frischen Erdgeruch der Ackerscholle umwittert werden und in ihr wurzelfesten Stand haben, ein besonders wichtiger Faktor unserer vaterländischen Kraft und unseres nationalen Wohlstandes sind!

Trinkt Pfunds Milch!